

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 4. Sitzung des Ortsbeirates Blasewitz (OBR BI/004/2015)

am Mittwoch, 4. Februar 2015,

17:30 Uhr

**im Ortsamt Blasewitz, Ratssaal,
Naumannstraße 5, 01309 Dresden**

Beginn der Sitzung:

17:30 Uhr

Ende der Sitzung:

21:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Sylvia Günther

Mitglied Liste CDU

Andreas Atzenbeck

Jürgen Eckoldt

Michael Heidrich

Sebastian Kieslich

Linda Kriebel

Antje Kuner

Walter Rogge

Mitglied Liste DIE LINKE

Wolf Grohmann

Florian Naumann

Lutz Richter

Melanie Romberg

Ilona Schär

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Florian Frisch

Matthias Just

Carola Küfner

Mitglied Liste SPD

Jürgen Hedderich

German Levenfus

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Hannes Kernert

Andre Wendt

Mitglied Liste FDP

Carsten Biesok

Mitglied Liste Bündnis Freie Bürger

Werner Schnuppe

Mitglied Liste PIRATEN

Vanya Wagner

Stellvertretende Mitglieder

Martin Bertram

Vertretung für Frau Marita Schieferdecker-
Adolph

Dietrich Herrmann

Vertretung für Herrn Reinhard Decker

Abwesend:

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen
Reinhard Decker

Mitglied Liste SPD
Marita Schieferdecker-Adolph

Verwaltung:

Frau Castillo

Büro der Oberbürgermeisterin, Sachbearbeiterin
zur Umsetzung des Integrationskonzeptes

Gäste:

Herr Lai
Herr Roth
Pressevertreter

Stellvertreter Ortsbeirat
Stellvertreter Ortsbeirat

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- | | | |
|------------|--|------------------------------|
| 1 | Kontrolle der Niederschrift zur 3. Ortsbeiratssitzung am 14.01.2015 | |
| 2 | Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates | |
| 2.1 | Konzept zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Dresden (Integrationskonzept 2015 - 2020) | V0220/14
beratend |
| 3 | Berichterstattung zur Umsetzung der Beschlussvorlage V0085/14 "Maßnahmeplan zur Schaffung zusätzlicher Unterbringungsmöglichkeiten für besondere Bedarfsgruppen in den Jahren 2015/2016" | |
| 4 | Informationen der Ortsamtsleiterin | |
| 5 | Hinweise und Anfragen der Bürger und des Ortsbeirates | |

öffentlich

Die Ortsamtsleiterin (OAL), Frau Günther eröffnet die Sitzung mit der Begrüßung aller Anwesenden. Sie stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist und die Einladung form- und fristgerecht erfolgte. Einwände gegen die Tagesordnung bestehen nicht.

1 Kontrolle der Niederschrift zur 3. Ortsbeiratssitzung am 14.01.2015

Der Ortsbeirat stimmt dem Entwurf zur Niederschrift der 3. Sitzung zu. Die OAL legt fest, dass Herr Schnuppe und Herr Grohmann die Niederschrift unterschreiben.

2 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates

2.1 Konzept zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Dresden (Integrationskonzept 2015 - 2020) V0220/14 beratend

Frau Castillo stellt die Vorlage vor und begründet sie anhand einer Präsentation. Sie erläutert zu Beginn ihres Vortrages, dass das Konzept nicht der Fachplan für Asylsuchende sei, sondern als Zielgruppe vielmehr alle Menschen mit Migrationshintergrund umfasse (vgl. Begriffsbestimmung S. 101 des Konzeptes).

Gemäß Stadtratsbeschluss vom 28.05.2009 zum Konzept zur Integration von Migrantinnen und Migranten 2009 wurde die Verwaltung zur jährlichen Berichterstattung und Fortschreibung aller vier Jahre beauftragt.

Die Struktur des Integrationskonzeptes 2015 - 2020 gliedert sich wie folgt:

- ausführliche Situationsanalyse in elf kommunale Handlungsfelder
- Ableitung von lang-, mittel- sowie kurzfristigen Zielen
- Ableitung von handlungsfeldbezogenen Maßnahmen (65)
- Abstimmung der Ziele und Maßnahmen mit bereits bestehenden bzw. sich in der Entwicklung befindenden Fachplanungen

Neu hierbei ist die erstmalige Berücksichtigung der Asylsuchenden im Konzept.

Lang- und mittelfristige Ziele der Dresdner Integrationspolitik sind die:

- Weiterentwicklung der Willkommens- und Anerkennungskultur, in der sich Menschen mit Migrationshintergrund als gleichberechtigte Mitglieder der Dresdner Stadtgesellschaft erfahren und entfalten können;
- Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für den gleichberechtigten Zugang und Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund;
- Verbesserung der Einbeziehung der Menschen mit Migrationshintergrund in das politische und gesellschaftliche Leben;
- Ausbau der Strukturen für die selbstständige und nicht selbstständige Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund;
- Gewährleistung des gleichberechtigten Zugangs von Menschen mit Migrationshintergrund zu den kommunalen Angeboten und Dienstleistungen.

Eine Auswahl an handlungsfeldbezogenen Maßnahmen sind die Entwicklung und Umsetzung des Konzeptes für bedarfsgerechte Sprachkurse für Personen, die keinen gesetzlichen An-

spruch darauf haben sowie der Ausbau der Zusammenarbeit mit dem Gemeindedolmetscherdienst und eine bedarfsgerechte kommunale Förderung. Weiterhin soll sich die soziale Einbindung von Flüchtlingen (z. B. Vermittlung in Arbeitsgelegenheiten, freiwilliges Engagement; Entwicklung eines stadtraumorientierten Kommunikationskonzepts für die Einrichtung von Unterkünften; Vernetzung mit Bereichen Sport, Kultur, Bildung, Jugendhilfe, Gesundheit...) verbessern.

Frau Castillo unterbricht ihren Vortrag und versucht die Nachfragen der Ortsbeiräte, insbesondere zu den gesetzlichen Bedingungen zur Gewährung von Sprachkursen, im Dialog mit den Ortsbeiräten zu beantworten. Herr Biesok stellt daraufhin einen Geschäftsordnungsantrag (GO-Antrag), den Vortrag zunächst zu Ende vorstellen zu lassen und anschließend mit der Fragerunde zu beginnen. Der OBR stimmt diesem Verfahren mehrheitlich zu.

Frau Castillo erläutert weitere Beispiele von geplanten Maßnahmen, wie die Verbesserung der medizinischen Versorgung von Flüchtlingen (z. B. verbesserte Hygienekontrollen in Heimen; Optimierung Möglichkeiten Traumabehandlung), die Stärkung der politischen Arbeit des Ausländerbeirates (z. B. Unterstützung Engagement für kommunales Wahlrecht für Drittstaaten-Angehörige; Einführung einer Krankenversicherungschipkarte für Asylsuchende) oder die bereichsübergreifende Weiterentwicklung der interkulturellen Orientierung und Öffnung der Verwaltung (z. B. mehrsprachige Öffentlichkeitsarbeit).

Ebenfalls soll die politische Bildung gestärkt werden (z. B. durch Schulungen der Beschäftigten zum Handeln bei auftretender Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus...; konsequente Berücksichtigung der Thematik bei allen Fachplanungen und kommunalen Feldern, wie Jugendhilfe, Sport, Stadtteilarbeit...).

Die öffentliche Beteiligung zum Konzept fand zwischen dem 23.09. und 24.10.2014 statt. Die öffentliche Anhörung erfolgte am 10.10.2014 mit einer Beteiligung von 27 Interessierten als Einzelpersonen oder Vertretung von Organisationen/Gruppen. Die Ergebnisse dessen sind in Anlage 2 der Vorlage dargestellt.

Ihren Vortrag abschließend plädiert Frau Castillo dafür, die Voraussetzungen für die Wirksamkeit des Konzeptes zu schaffen, indem:

- Verwaltung und Stadtrat gemeinsam und kontinuierlich Verantwortung für die Umsetzung der Maßnahmen übernehmen,
- regelmäßige öffentliche Berichterstattung und Diskussion zum Umsetzungsprozess initiiert wird,
- interkulturelle Orientierung und Öffnung der Verwaltung gefördert wird,
- Stärkung der politischen Bildung zum Abbau von Symptomen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erfolgt,
- ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen in den Fachbereichen bereitgestellt sind.

Die OAL eröffnet die Diskussionsrunde.

Herr Dr. Herrmann begrüßt das neue Integrationskonzept und dankt den Verantwortlichen für die Erarbeitung.

Herrn Kernert ist unklar, was mit dem Konzept konkret verbessert werden soll. Auch Herr Richter äußert sich kritisch, da ihm eine Bestandsanalyse und konkret messbare Zielvorgaben fehlen. Das Konzept sei mehr ein Strategiepapier.

Frau Castillo verweist auf einzelne Maßnahmen des Konzeptes und erläutert, dass z. B. mehrsprachige Veröffentlichungen/Broschüren in der Vergangenheit herausgegeben wurden (z.B. die Publikation „Aus aller Welt in Dresden angekommen“). Seit 2012 werden von der Statistikstelle Menschen mit Migrationshintergrund erfasst. Der Anteil in Blasewitz beträgt 3,9 Prozent. Da weitergehende konkrete Datenlagen zum Ausländeranteil nicht vorhanden sind (z. B. vom Kreissportbund für Sportvereine), konnten keine konkreten Ziele gemessen wer-

den. Das Büro der Integrations- und Ausländerbeauftragten dient als eine Art Querschnittsamt dafür, die gesamte Verwaltung (Fachämter) für die Belange von Menschen mit Migrationshintergrund zu sensibilisieren.

Auf Nachfrage zum Haushalt erläutert Frau Castillo, dass der Wortlaut Punkt 4 des Beschlusspunktes mit Herrn Vorjohann ausdrücklich abgestimmt wurde. Im Vorfeld zur Haushaltsplanung wurde auf die einzelnen Kosten hingewiesen, z.B. zur Absicherung des Gemeindedolmetscherdienstes.

Die Ausweitung der Fortschreibung auf 5 Jahre war auch der mehrmaligen Aktualisierung der Zahlen und stetigen Erhöhung geschuldet, so Frau Castillo weiter.

Herr Wendt äußert sich verunsichert, ob er der Vorlage zustimmen kann, da ihm Hintergrundinformationen fehlen und unklar sei, weshalb die Stadt hier aktiv werden müsse. Das Konzept sei nicht schlüssig genug. Er sieht die Gefahr, ein aufgeblähtes System zu beschließen, welches finanziell nicht untersetzt ist.

Herr Levenfus dankt für das Konzept und regt an, eine einfache Zusammenfassung als Datei im Internet in mehreren Sprachen zur Verfügung zu stellen.

Herr Biesok befürwortet den Ansatz des Konzeptes sowie die große Wertlegung auf Sprachkurse. Er warnt nur davor, ehrenamtliche Vereine über längere Zeit zu finanzieren, sondern seiner Meinung nach sollte die Kommune beispielsweise in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Sprachkurse anbieten.

Herr Rogge kritisiert den Umfang des Konzeptes, welches mit ca. 100 Seiten schwer lesbar sei. Weiterhin fragt er sich, ob das Konzept eine Antwort zur gegenwärtigen Situation in Dresden sei.

Herr Heidrich äußert seine Unzufriedenheit mit dem Konzept. Er vermisse eine zielgruppengenaue Ist-Analyse, die Darstellung der bisherigen Entwicklung und die Ableitung zukünftiger Ziele bis 2020. Zudem vermisse er konkrete Unterscheidungen zwischen den verschiedenen Gruppen von Menschen mit Migrationshintergrund, um damit zielgenaue Maßnahmen abzubilden. Die Herangehensweise des Konzeptes hält er für nicht nachvollziehbar. Er regt ferner an, eine wissenschaftliche Studie in Auftrag zu geben, welche die Einstellungen von Migranten und Migrantinnen in Bezug auf das Grundgesetz, die Stellung der Frau, Meinungsfreiheit u.s.w. als Untersuchungsgegenstand habe. Er äußert sich enttäuscht darüber, dass die Integrations- und Ausländerbeauftragte Frau Winkler nicht persönlich zur Vorstellung der Vorlage in den Ortsbeirat gekommen ist.

Herr Frisch begrüßt die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und Professionalisierung durch das Dresdner Welcome-Center. Er fragt an, ob für die Stadtverwaltung konkrete Maßnahmen, wie z.B. Quoten zur Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund bestehen.

Herr Grohmann regt an, zukünftig das Konzept in zwei Versionen anzulegen. Seiner Meinung nach würde eine kürzere, zusammengefasste Version den Zugang zum Konzept erleichtern. Bei detaillierterem Informationsbedarf könnte dann eine zweite längere Version zum Nachlesen zur Verfügung gestellt werden.

Herr Schnuppe bewertet das vorliegende Konzept als eine Haltung bzw. Absicht der Stadt zur Thematik. Konkret weist er auf den in der Tischvorlage bereits ausgereichten Ergänzungsantrag seinerseits hin.

Frau Castillo plädiert dafür das Konzept zu beschließen, da es für die Stadtverwaltung einen strategischen Charakter habe und dringend benötigt würde.

Für Frau Kufner spiegelt das Konzept eine Grundhaltung wider und sie wünsche sich, dass in den Ämtern der Stadtverwaltung mit dem Konzept ein Bewusstsein für die Thematik geschaf-

fen werde und fragt sich, weshalb die Ortsbeiräte Angst davor haben, der Vorlage zuzustimmen. Sie wünsche sich in der nächsten Fortschreibung die Weiterentwicklung zum Begriff der Inklusion (statt Integration).

Die OAL lässt über die Ergänzungsanträge abstimmen.

Herr Kieslich beantragt folgende Ergänzung unter Punkt 1 im Beschlussvorschlag:

Das strategische Personalentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Dresden ist im Hinblick auf interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter, z. B. Sprachschulungen und Personalaustausch zwischen den Partnerstädten weiter fortzuschreiben.

Abstimmung: Zustimmung (21/0/2)

Herr Heidrich beantragt folgende drei Ergänzungen unter Punkt 1 im Beschlussvorschlag:

- 1. Aufgrund der Gruppenspezifika - wie Studenten, Fachkräfte, Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte, Aussiedler, jüdische Kontingentflüchtlinge, geduldete ausreisepflichtige Ausländer - werden besondere Bedürfnisse für Integrationsleistungen definiert.**

Abstimmung: Zustimmung (12/9/2)

(Herr Biesok unterbricht das Abstimmungsverfahren, da er den Ergänzungsantrag redaktionell als nicht nachvollziehbar hält. Herr Bertram stellt den GO-Antrag, mit der Abstimmung der Anträge in dem gestellten Wortlaut fortzufahren und keine weitere Diskussion im Abstimmungsprozess zuzulassen.)

2. Es werden klare Anforderungen an das Zusammenleben in der Dresdner Stadtgesellschaft („Hausordnung“) an die Migranten und Migrantinnen definiert.
Abstimmung: Ablehnung (7/13/3)
3. Es wird eine Studie zu den Einstellungen der Migranten und Migrantinnen zu wichtigen aus dem Grundgesetz abgeleiteten Werten in Auftrag gegeben und getrennt nach den verschiedenen Rechtskreisen und Personengruppen ausgewertet.
Abstimmung: Ablehnung (5/12/6)

Herr Schnuppe beantragt folgende Ergänzung zum Integrationskonzept:

Ergänzung zum Integrationskonzept:

Auf Seite 69 Punkt 4 der Maßnahmen „Soziale Beratung und Betreuung“ sind in der Spalte 2 die Anstriche 2 - 4 wie folgt zu ergänzen:

Maßnahme	Inhalt/Erläuterung
Weiterentwicklung der Arbeit des PflegeNetz Dresden	<p>u. a. mit folgenden Schwerpunkten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse und Problemlagen von pflegebedürftigen Menschen mit Migrationshintergrund in der Gestaltung der Netzwerkarbeit, <p><u>Ergänzung:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - niedrigschwellige Hilfsangebote, verbunden mit der Gewinnung von ehrenamtlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund als Lotsen im Pflegesystem, sind schrittweise anzubieten, - erste mehrsprachige Informationsbroschüren und Angebote mehrsprachiger Pflegeberatung sind, ggf. unter Einbindung von professionell Pflegenden mit Migrationshintergrund, zu entwickeln, - mit einer differenzierten Datenlage zur Gesundheit und Pflege von Migrantinnen und Migranten nach Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund ist deren Bedarf besser zu ermitteln und der weiteren Planung zu Grunde zu legen.

Abstimmung: Zustimmung (21/1/1)

Herr Eckoldt beantragt folgende Ergänzung des Punkt 5 im Beschlussvorschlag:

5. Die Bürger sind frühzeitig bei Standortentscheidungen von Migrantenwohnheimen einzubeziehen.

Abstimmung: Zustimmung (15/2/6)

Im Anschluss lässt die OAL über die Vorlage in der geänderten Fassung abstimmen.

BESCHLUSSEMPFEHLUNG (V0220/14)

über:

Konzept zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Dresden (Integrationskonzept 2015 - 2020)

Der Ortsbeirat Blasewitz stimmt der Vorlage in der geänderten Fassung mehrheitlich zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Ergänzung
Ja 15 Nein 5 Enthaltung 3

**3 Berichterstattung zur Umsetzung der Beschlussvorlage
V0085/14 "Maßnahmeplan zur Schaffung zusätzlicher Unter-
bringungsmöglichkeiten für besondere Bedarfsgruppen in den
Jahren 2015/2016"**

Die OAL informiert allgemein zur Thematik Asyl in Dresden. 94 Personen wurden der Stadt am 21. Januar zugewiesen, weitere 51 Personen am 28. Januar.

Das geplante Übergangswohnheim Pirnaer Landstraße / Ecke Neudobritzer Weg soll im Dezember 2016 in Betrieb gehen. Das Hochbauamt arbeitet derzeit an einer Konzeption für den Standort. Nach Abschluss der Konzeption sollte die vom OBR geforderte Anwohnerversammlung in örtlicher Nähe zum geplanten Übergangswohnheim erfolgen.

In den Gewährleistungswohnungen im Ortsamtsgebiet erfolgt die Betreuung weiterhin durch den zuständigen Sozialarbeiter der Caritas. Lediglich der Ansprechpartner hat sich im Januar geändert.

Der Standortvorschlag Breitscheidstraße 46 wird durch das Sozialamt geprüft. Das Hauptgebäude ist überdimensioniert und in einem schlechten baulichen Zustand. Die Nutzung einer Teilfläche im Hauptgebäude ist wegen dem hohen Sicherheitsaufwand für die freibleibenden Etagen unwirtschaftlich. Das Nebengebäude befindet sich ebenfalls in einem schlechten baulichen Zustand. Eine Nutzung befindet sich noch in Prüfung. Das Ergebnis der Prüfung bauplanungsrechtlicher Zulässigkeit steht noch aus. Von Herrn Just wurden die städtischen Flurstücke 574/1 und 573/1 der Gemarkung Blasewitz als weiteres Standortangebot zur Prüfung vorgeschlagen. Da diese noch bis voraussichtlich Ende 2015 als Baustelle genutzt werden, kann erst nach Beendigung der Nutzung gegebenenfalls eine Prüfung erfolgen.

Die OAL weist auf die Beantwortung, ausgereicht in der Tischvorlage, der Anfrage aus der 1. OBR-Sitzung zur Schulsozialarbeit an der Schule am Landgraben hin. Der Dresdner Jugendhilfeausschuss wird sich in seinen nächsten Sitzungen mit dem Stadtratsbeschluss und mit der Förderung der freien Jugendhilfe auseinandersetzen. Wann ein Ausbau der Schulsozialarbeit realisiert werden kann, hängt wiederum vom Beschluss des Jugendhilfeausschusses statt.

Die OAL berichtet von den Erfahrungen vom Runden Tisch Asyl in Loschwitz sowie vom Bürgernetzwerk „Laugegast ist Bunt“, dessen letztes Protokoll sie zur Information an den OBR ausgibt. Sie informiert über den Info-Nachmittag am 07.02.2015 im Deutschen Hygiene-Museum zum Thema „Flucht & Asyl“.

Herr Schnuppe berichtet zur aktuellen Situation in Tolkewitz in Zusammenarbeit mit dem verantwortlichen Sozialarbeiter der Caritas (u.a. zu Patenschaften) und aus dem 4. Runden Tisch Asyl vom 29. Januar. Die Stadt soll neu in fünf Betreuungsregionen mit Festlegung neuer Träger aufgeteilt werden. Er befürwortet die vorgestellte Regionalkoordination, jedoch unter der Bedingung, dass Blasewitz an die Region Prohlis/Leuben anstatt Loschwitz /Schönfeld-Weißig angegliedert wird. Die Fahrtwege für den Sozialarbeiter würden sich dadurch enorm vermindern.

4 Informationen der Ortsamtsleiterin

Die OAL informiert über:

- Bürgerversammlung vom 02. Februar 2015 zur „Vorstellung der Baumaßnahme Wiederherstellung der Verkehrsanlage Hans-Böhm-Straße vom Ende bis zur Goetheallee nach dem Hochwasser 2013“

Die OAL fasst die Diskussion der vom OBR geforderten Bürgerversammlung zur Hans-Böhm-Straße vom 2. Februar 2015 zusammen. Der OBR tauscht sich darüber aus, wie weiter verfahren werden soll. Er beschließt im Ergebnis dazu folgende Hinweise an die Oberbürgermeisterin zu geben:

1. Die Verkehrsanlage Hans-Böhm-Straße ist im Jahr 2015 mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zur Hochwasserschadensbeseitigung wiederherzustellen.
2. Das Straßen- und Tiefbauamt hat die Wiederherstellung der Verkehrsanlage so zu gestalten, dass der Erhalt des ursprünglichen Charakters der Straße stärker berücksichtigt wird. Es wird daher um Prüfung gebeten, die vorgelegte Planung nach denkmalschutzrechtlichen Vorgaben unter Einbeziehung des Stadtplanungsamtes, Denkmalschutzamtes, des Ortsamtes und der Bürgerinitiative Blasewitz e.V. zu untersuchen.
Es wird vorgeschlagen, eine einseitige Gehweggestaltung (mit ca. 1,20 m Breite - analog Fußwegsanierung Tetschener Straße) zu prüfen unter der Maßgabe, dass zwingend die Pkw-Stellplätze erhalten bleiben.
3. Das Ergebnis der Untersuchung ist im Ortsbeirat Blasewitz vorzustellen. Dies hat auch mit räumlicher Visualisierung (vgl. Beschlusskontrolle zu A0640/12 Pkt. 2) zu erfolgen.

- Beschlusskontrollen zu den Anträgen A0640/12 vom 19.12.2014 und A0632/12 vom 23.12.2014

Herr Kieslich regt an, die Verantwortlichen des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung zur Vorstellung der abschließenden Untersuchungsergebnisse in einer der nächsten Ortsbeirats-sitzungen einzuladen. Er regt ferner an, zeitgleich das Unternehmen BRAUN Lighting Solutions, welches die LED-Umrüstung von Gaskandelabern auf dem Theaterplatz vorgenommen haben, zum entsprechenden Tagesordnungspunkt einzuladen.
Der OBR unterstützt mehrheitlich das Anliegen.

- die Planung Wehlener Straße und Gleisschleife Schlömilchstraße im Bereich Schulstandort Tolkewitz;

- Neubenennung der sog. verlängerten Tischerstraße, welche in der OBR-Sitzung am 14.01.2015 vorgestellt wurde > Namensvorschläge bis zum nächsten Mal schriftlich einreichen, Beschlussfassung in OBR-Sitzung am 11. März geplant (Übersichtskarte in Tischvorlage ausgehändigt);

- das Bürgeranliegen von Herrn Schneider zum Neubau Mehrfamilienwohnhaus Niederwaldplatz in Tischvorlage;
- Unverständnis der Anwohner der Gohrischstraße zu den Baumpflanzungen auf ehemaligem Radweg.

5 Hinweise und Anfragen der Bürger und des Ortsbeirates

Die OAL verliest die Antworten auf zurückliegende Anfragen der OBR:

Herr Just:

- Der Schriftzug "I love Vitschies" an den Restgebäuden der Altenberger Straße Haltestelle stellt keine Beleidigung für die Betroffenen dar.
- Ersatzpflanzung eines Baumes an der Haltestelle Bergmannstraße stadteinwärts erfolgt frühestens im Herbst 2015.
- Fahrzeuge auf der Laubestraße ohne amtliches Kennzeichen befinden sich beim Ordnungsamt in Bearbeitung.
- Die Flurstücke 337 c, d, e, f, g, h und i der Gemarkung Striesen liegen innerhalb des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 90 G "Dresden-Striesen Nr. 9, Borsbergstraße/Spenerstraße". Die Ortsbild prägenden Eichen wurden seinerzeit bereits in der Planzeichnung als "Erhaltung Bäume" nach § 9 Abs. 1 Nr. 25 b Baugesetzbuch (BauGB) festgesetzt. Künftige Bauherren müssen die Festsetzungen entsprechend einhalten.
- Beim Grundstück 302 der Gemarkung Striesen handelt es sich um das ehemalige "Hansetrans-Grundstück". Diese Flächen wurden im letzten Jahr von einem Bauträger erworben, der gegenwärtig für diesen Bereich einen Architektenwettbewerb nach RPW 2013 mit dem Arbeitstitel "Stadtquartier Schandauer Straße 26 - 28 in Dresden-Striesen" durchführt. Es ist vorgesehen, dass Ergebnisse Ende März 2015 vorliegen.
- Zum Flurstück 280/14 der Gemarkung Striesen sind dem Stadtplanungsamt keine konkreten Entwicklungs- und Investitionsabsichten bekannt.

Frau Kufner:

- Prüfung Zulässigkeit der Werbeanlage Bodenbacher Straße 99 an Bauaufsicht weitergeleitet;

Herr Biesok:

- Erneute Kontrollen auf der Alemannenstraße / Ecke Loschwitzer Straße durch Gemeindlichen Vollzugsdienst erfolgt. Es sind erneut keine Ordnungswidrigkeiten festgestellt worden.

Herr Frisch:

- Das Straßen- und Tiefbauamt plant im II./III. Quartal 2015 auf dem noch unbeleuchteten Teilstück der Teutoburgstraße die Einrichtung einer neuen, erdverkabelten Straßenbeleuchtungsanlage.

Frau Kufner fragt nach, ob ein Gruppenfoto des neuen Ortsbeirates geplant sei. Die OAL begrüßt den Vorschlag und wird vorab bei einer der nächsten Sitzungen alle Ortsbeiräte und Ortsbeirätinnen dazu auffordern.

Es gibt keine weiteren Anfragen. Die OAL schließt die Sitzung.

Sylvia Günther
Vorsitzende

Christina Schilling
Schriftführerin

Linda Kriebel
OBR-Mitglied

Florian Naumann
OBR-Mitglied